

«Das Netto-Null-Ziel erreichen wir nur alle gemeinsam»

Netto null CO2 bis 2040, bis 2050 oder so weiter wie bisher? Darüber entscheidet Winterthur am 28. November an der Urne. Stadtrat und Parlament sind für die Variante mit dem früheren Datum.

WINTERTHUR Die Winterthurer Stimmbevölkerung entscheidet am 28. November über die Geschwindigkeit in der städtischen Klimapolitik. Dann kommt die Vorlage «Netto null Tonnen CO2» in zwei Varianten zur Abstimmung: klimaneutral bereits bis 2040 oder erst bis 2050. Anfang März stellte der Stadtrat seinen Plan vor, wie er den Nettoausstoss von Klimagasen in Winterthur auf null herunterfahren will. Der erste Schritt, um die Stadt auf Klimakurs zu bringen, ist der damals präsentierte Massnahmenplan 2021 bis 2028: ein Paket von 54 Massnahmen. Die Stadtverwaltung arbeitet mit Hochdruck an diesem wichtigen Thema, betont Umweltvorsteherin Katrin Cometta (GLP), die sich im Namen des Stadtrats für netto null CO2 bis 2040 ausspricht. «Zahlreiche Massnahmen sind in den verschiedenen Departementen in Bearbeitung.» Beispiele sind etwa neue Wärmeleitungen an der Rudolf-Diesel-Strasse. Und letzte Woche beschloss der Stadtrat vier Kredite für Fotovoltaikanlagen auf den Dächern von drei Schulhäusern und dem Hallenbad Geiselweid. Bis 2025 sollen auf städtischen Gebäuden 100 neue Fotovoltaikanlagen installiert sein.



Umweltvorsteherin Katrin Cometta empfiehlt der Winterthurer Stimmbevölkerung, bei der Klimaabstimmung zweimal Ja zu stimmen und bei der Stichwahl die Variante bis 2040 zu wählen. zvg

Ursprünglich hatte der Stadtrat das Netto-Null-Ziel bis 2050 vorgeschlagen. Warum empfiehlt er nun die Variante bis 2040?

Katrin Cometta: Der Grosse Gemeinderat hat 2019 die Motion «Netto null Tonnen CO2 bis 2050» überwiesen, worauf sich der Stadtrat in seinem Vorschlag gestützt hat. Nachdem das Parlament – auch unter dem Eindruck der neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse – nun in diesem Frühjahr netto null bis 2040 beschlossen hatte, hat sich der Stadtrat dem ehrgeizigeren Klimaziel angeschlossen, weil er die Dringlichkeit und die besondere Verantwortung der Städte anerkennt.

Was bedeutet das ehrgeizigere Ziel für den Finanzhaushalt?

Es bedeutet, dass das Umsetzungstempo erhöht wird. Im Rahmen des Massnahmenplans 2021 bis 2028 werden Mehrkosten von rund 15 Prozent im Vergleich zu netto null bis 2050 erwartet. Gemäss dem ursprünglichen Massnahmenplan, der im Übrigen bereits in Budget und Finanzplanung eingeflossen ist, werden die durchschnittlichen jährlichen Mehrkosten zulasten des Steuerhaushalts auf vier bis fünf Millionen Franken geschätzt.

Gibt es Überlegungen, den konkreten Massnahmenplan 2021 bis 2028 aufgrund des früheren Datums noch anzupassen?

Der Massnahmenplan greift die wichtigen Themen mit Hebelwirkung auf: Energieversorgung und Gebäude, Mobilität und Konsum. Er ist gut und wird nicht grundsätzlich überarbeitet. Allerdings führt die Verschärfung des Klimaziels dazu, dass das Umsetzungstempo erhöht werden muss. Dies wird im Rahmen der rollenden Planung gemacht. Entsprechend wichtig sind ein griffiges Monitoring, Controlling und Reporting.

Reichen denn die festgelegten Massnahmen aus, um bis 2040 klimaneutral zu sein?

Der bestehende Umsetzungsplan führt Massnahmen für die Periode 2021 bis 2028 auf. Diese setzen schon an den richtigen Hebeln an. Für die nachfolgende Periode sind heute noch keine Massnahmen definiert. Das wäre auch nicht zielführend, da das Umfeld sehr dynamisch ist. Man muss auf die technologische Entwicklung reagieren. Entsprechend werden weitere Massnahmen im Sinne einer rollenden Planung später formuliert.

Ein wichtiger Faktor für das Klimaziel sind die Privaten. Wie will die Stadt das Gewerbe und die Bevölkerung einbinden?

Das Netto-Null-Ziel erreichen wir nur alle gemeinsam, das ist klar. Und heute schon engagieren sich sehr viele hier in Winterthur, um dieses Ziel zu erreichen. Wenn ich mit dem Velo durch die Stadt fahre, sehe ich, dass vielerorts

Solaranlagen und Wärmepumpen installiert werden und dass immer mehr Elektroautos unterwegs sind. Zahlreiche Unternehmen in Winterthur haben eigene ehrgeizige Netto-Null-Ziele formuliert. Das gilt ja auch für die Stadtverwaltung, die bis 2035 klimaneutral sein will. Jedes dieser Engagements regt wieder andere an, ebenfalls die Initiative zu ergreifen. Ich bin überzeugt, dass wir hier eine gute Dynamik haben und dass die Bevölkerung engagiert mitmacht. Selbstverständlich gibt es aber auch seitens Stadt Förderprogramme und Sensibilisierungsmassnahmen, um unterstützend zu wirken.

Was wäre der Plan B, falls beide Varianten an der Urne verworfen werden würden?

Das wäre für mich ein herber Schlag. Aber bei einem ablehnenden Volksentscheid wären die 2012 vom Volk beschlossenen Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft weiterhin gültig. Der vom Stadtrat beschlossene Massnahmenplan würde darum grundsätzlich weiterverfolgt. Allerdings kann es zu Anpassungen bei einzelnen Massnahmen kommen, wenn etwa aufgrund geringerer politischer Akzeptanz die erforderlichen Kredite nicht bewilligt werden. Das städtische Klimaziel wäre zudem nicht kompatibel mit den nationalen oder internationalen Zielen.

● Interview: Michael Hotz

KOLUMNE

Unabhängig heizen? Ja zum Energiegesetz!

In vielen Bereichen sind wir Schweizerinnen und Schweizer stolz auf unsere Unabhängigkeit. Geht es aber ums Heizen, fliesst allein im Kanton Zürich eine halbe Milliarde Franken pro Jahr an ausländische Erdöl- und Erdgaslieferanten. In einer Zeit, in der die Rohstoffpreise steigen, macht es Sinn, Abhängigkeiten zu reduzieren und Arbeitsplätze im Inland zu schaffen. Klimafreundliche Wärmesysteme wären vom Ausland unabhängiger und – wie es der Name schon sagt – wesentlich nachhaltiger.

Denn ganze 40 Prozent des CO2-Ausstosses im Kanton wird durch Gebäudeheizungen verursacht. Ersetzen wir also alle Gas- und Ölheizungen am Ende ihrer Laufzeit durch nachhaltige Systeme, reduziert dies unseren CO2-Verbrauch massiv. Genau hier setzt das Energiegesetz an! Über eine Betriebszeit von 20 Jahren betrachtet, sind nachhaltige Heizungssysteme rund 30 Prozent günstiger als die herkömmlichen Gas- und Öl-Heizungen, längerfristig profitieren also alle! Auch wer aufs Portemonnaie schauen muss, kann also guten Gewissens Ja stimmen.

Klimaschutz kann auch finanziell nachhaltig sein, deshalb: am 28. November Ja zum Zürcher Energiegesetz.

● **Matthias Lüscher**
Matthias Lüscher hat den City-Lead Winterthur bei den Jungen Grünliberalen und ist GLP-Kandidat für das Stadtparlament Winterthur.



Anzeige

Wir kämpfen ehrlich für Mieteranliegen!

Mit einem **JA** reduziert der Kanton Zürich den CO₂-Ausstoss um 40%. Und zwar dort, wo dies am einfachsten geht: bei den Heizungen. Klimafreundliche Heizungen senken auch die Heizkosten.

Mit einem **NEIN** wird keine einzige Leerkündigung vermieden. Aber es werden jene Kräfte gestärkt, welche sich nie für Mieterinnen einsetzen – der Hauseigentümer-Verband und die SVP.



Jacqueline Badran
Vorstand Mieterverband Schweiz
National/ätin SP



Balthasar Glättli
Präsident Mieterverband Deutschschweiz
Nationalrat Grüne

JA zum Energiegesetz

Am 28. November



Silvia Rigoni
Vize-Präsidentin Mieterverband ZH
Kantonsrätin Grüne



Christa Meier
Stadträtin SP
Winterthur



Andreas Dauri
Kantonsrat SP und CO-Präsident SP
Kanton Zürich



Manuel Sahli
Kantonsrat AL
Winterthur